

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN M-V • Gaußstr. 5 • 19055 Schwerin

Bund Deutscher Kriminalbeamter  
Mecklenburg-Vorpommern  
Ulmenstraße 54  
18057 Rostock

**Landesgeschäftsstelle M-V**  
Gaußstr. 5, 19055 Schwerin  
Fax 0385/5574-229  
www.gruene-mv.de

**Denis Wermuth**  
Landesgeschäftsführer  
Tel. 0385/5574-356  
denis.wermuth@gruene-mv.de

**Doreen Pegel**  
Stellvertr. Geschäftsführung  
Landesfinanzreferentin  
Tel. 0385/5574-991  
doreen.pegel@gruene-mv.de

**Schwerin, 10.08.2021**

## Themenkomplex 1: Innere Sicherheit

### 1. Welchen Stellenwert hat innere Sicherheit grundsätzlich für Sie?

"Angst ist Gift für die Demokratie. Nur, wer sich sicher fühlt, nutzt seine demokratischen und Rechte und bringt sich in die Gesellschaft ein", heißt im Landtagswahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Mecklenburg-Vorpommern ist ein sicheres Bundesland. Wir wollen, dass das so bleibt. Die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit ist Aufgabe der Polizei. Um dieser Aufgabe gerecht werden zu können, muss die Polizei entsprechend ausgestattet werden. Wir wollen eine bürgernahe und bürgerfreundliche Polizei, die sowohl im analogen als auch im digitalen Raum ansprechbar und erreichbar ist, nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land. Wir wollen präventive Angebote überall intensivieren, damit Kriminalität gar nicht erst entstehen kann.

### 2. Prävention, Opferschutz und Kriminalitätsbekämpfung erfordern neben umfangreichem Wissen eine sach- und personalgerechte Ausstattung. Wie wollen Sie diese erreichen, insbesondere im Hinblick auf die tatsächliche Sollstärke der Landespolizei, die seit Jahren stagniert und durch viele nicht besetzte Stellen weiter reduziert ist?

Die Landesregierung hat mit der Aussetzung ihres Personalkonzepts eine beispiellose Kehrtwende hingelegt. Trotzdem stagniert die Anzahl der aktiven Polizeibeamt:innen wegen der vielen Altersabgänge. Hier braucht es aus Sicht von uns BÜNDNISGRÜNEN eine Einstellungsoffensive. Gutes polizeiliches Handeln kann jedoch kein Ersatz für gesellschaftliche Problemlösung sein. Deswegen werden wir die Zusammenarbeit mit zivilen Trägern und externen Expert\*innen unterstützen und weiter ausbauen.

### **3. Wie steht Ihre Partei zum Thema Mindestspeicherfristen für Telekommunikationsdaten (sog. „Vorratsdatenspeicherung“)?**

Die Vorratsdatenspeicherung lehnen wir BÜNDNISGRÜNE ab. Wir sind davon überzeugt, dass es ist viel wirksamer ist, gezielt mit verhältnismäßigen Mitteln einige hundert Personen zu überwachen, die hierfür auch einen hinreichenden Anlass geboten haben, als 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger anlasslos mit der Vorratsdatenspeicherung, flächendeckender Videoüberwachung oder automatisierter Gesichtserkennung zu erfassen. Pauschale Verdächtigungen und anlasslose Datensammlungen sind nur kontraproduktiv.

### **4. Das Thema Innere Sicherheit hat auch durch die sozialen Medien an Schnelligkeit und „Schnellschüssen“ gewonnen. Um zu einer sachlichen und faktenbasierten Debatte zurückzukehren, fordert der BDK die Einführung eines periodischen Sicherheitsberichtes und mehr Engagement in der Dunkelfeldforschung. Wie stehen Sie dazu?**

Wir BÜNDNISGRÜNE würden eine Versachlichung der Diskussion über die Innere Sicherheit sehr begrüßen. Eine Verbesserung der Datenlage würde aus unserer Sicht dazu beitragen. Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik, PKS, ist vorrangig ein Arbeitsnachweis der Polizei, der nur das kriminologische Hellfeld betrachtet. Ihre Zahlen lassen sich ohne wissenschaftliche Einordnung weder zwischen verschiedenen Delikten noch über die Jahre seriös vergleichen. Hinzukommt, dass sie kaum Rückschlüsse auf die Motivation zulassen, weil politische Gewalttaten entweder in den Dienststellen nach unterschiedlichen Kategorien „einsortiert“ werden oder aber Gewalt gegen einzelne Bevölkerungsgruppen, wie z.B. LSBTIQ, Frauen und Mädchen, Religionsgemeinschaften oder aufgrund ethnischer Herkunft gar nicht erfasst wird. In unserem Landtagswahlprogramm fordern wir daher einen periodischen Sicherheitsbericht, der die PKS unter Einbeziehung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft allgemeinverständlich ergänzt.

## **Themenkomplex 2: ausgewählte Kriminalitätsphänomene**

- 1. "Öffentlichkeitsarme" Delikte wie Wirtschaftskriminalität, Umweltkriminalität, Korruption und Steuerdelikte verursachen erhebliche Schäden. Die Strafverfolgung in diesen Bereichen ist jedoch seit Jahren nicht im Fokus der Politik, obwohl etwa die bekannte Schadenssumme im Bereich der Wirtschaftskriminalität laut PKS 2020 knapp 3 Milliarden € betrug . Was gedenken Sie dagegen zu tun?**

Wirtschaftsstrafataten machen einen Großteil der polizeilich erfassten finanziellen Schädigungen aus. Bei Rechtsverstößen wollen wir Unternehmen künftig wirksamer zur Rechenschaft ziehen. Unser Ziel ist es, die bereits bestehenden Regelungen in einem

Gesetz gegen Wirtschaftskriminalität zusammenzufassen und zu ergänzen. Wir wollen eine Finanzaufsicht mit Zähnen, die Missstände aufzeigt, statt sie zu ermöglichen. Kultur und Selbstverständnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) müssen sich deshalb komplett ändern. Dem Zoll als Bundesbehörde kommen wichtige Aufgaben im Bereich der Bekämpfung der Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Geldwäsche zu. Wir wollen den Zoll besser und mit den notwendigen rechtsstaatlich ausgestalteten Befugnissen ausstatten, damit er künftig schwere Finanzkriminalität effektiv bekämpfen kann.

- 2. Hass und Hetze im Internet trifft vor allem Frauen und Minderheiten und verursacht bei den Opfern erhebliche (psychische) Schäden. Dabei reichen die Angriffe von verächtlich machenden Kommentaren zum Geschlecht, Beleidigungen, Fake-Fotos der Betroffenen bis zu Vergewaltigungs- und Morddrohungen. Das Ziel der vorrangig männlichen Täter scheint dabei immer gleich: Einschüchterung und Angst verbreiten. Um diesen Taten Einhalt zu gebieten, muss die Polizei stärker im digitalen Raum für alle wahrnehmbar präsent sein, um Betroffenen nicht das Gefühl zu geben, keinen Ansprechpartner zu haben und gegenüber den Tätern abschreckend zu wirken. Was wollen Sie gegen Hass und Hetz unternehmen, und wie denken Sie darüber, wie Polizei im Netz agieren sollte?**

Wir wollen Hasskriminalität im Netz und das bewusste Verbreiten von Falschinformationen wirksamer bekämpfen. Dafür wollen wir einen effektiven Gesetzesrahmen entwickeln. Betroffene müssen sich schnell und effektiv gegen Angriffe im Netz wehren können. Das wollen wir durch die ambitionierte Ausgestaltung und dann zügige Umsetzung des Digital Services Act der EU erreichen. Wir treten für einen effektiven Umgang mit Nutzerbeschwerden, eine Verbesserung der Strafverfolgung und der zivilrechtlichen Durchsetzung ein. Dafür brauchen wir personell wie technisch bestmöglich aufgestellte Strafverfolgungsbehörden. Diese müssen, gut geschult, auf Grundlage klarer Rechtsvorgaben arbeiten können.

- 3. Der Rechtsextremismus kann derzeit mit Sicherheit als die größte Bedrohung für unsere demokratische Gesellschaft betrachtet werden. Dazu haben auch zahlreiche Ereignisse in den Sicherheitsbehörden beigetragen. Der BDK ist der Meinung, dass zum einen eine wissenschaftliche Studie zu den Einstellungsmustern notwendig ist, zum anderen der Bereich der politischen und interkulturellen Bildung einen viel stärkeren Stellenwert im Berufsleben erhalten sollte. Wie stehen Sie dazu?**

In den vergangenen Jahren wurden mehrfach Verbindungen von Polizisten in die rechtsextreme Szene, unter anderem zur Preppergruppe "Nordkreuz", aufgedeckt. Einen von ihnen verurteilte das Landgericht Schwerin u.a. wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz zu einer Bewährungsstrafe. Die Landespolizei muss unsere

demokratischen Errungenschaften sowohl nach außen, aber auch nach innen konsequent verteidigen. Wir wollen eine Polizei frei von Diskriminierung, Rassismus und rechtsextremen Einstellungen. Die Forderung des BDK nach einer wissenschaftlichen Studie zu den Einstellungsmustern und danach, dass der Bereich der politischen und interkulturellen Bildung einen viel stärkeren Stellenwert im Berufsleben der Beschäftigten erhält, unterstützen wir.

### **Themenkomplex 3: Attraktivität des Polizeiberufes**

#### **1. Die Polizei sollte immer nach den besten Mitarbeiter:innen streben. Wie wollen Sie erreichen, dass die Landespolizei als Arbeitgeber wesentlich attraktiver wird, um dem bestehenden Personalmangel zu beheben?**

Hoch qualifizierte und motivierte Beschäftigte sind ein wesentlicher Bestandteil eines aktiven, handlungsfähigen Staates. Mit ihnen wird eine gut funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge zum Wohl der Gemeinschaft gewährleistet. Das Land muss als Arbeitgeber im Wettbewerb um die besten Köpfe mithalten können. Dafür muss sich der öffentliche Dienst an die vielfältigen Arbeitswelten und flexiblen Arbeitszeiten anpassen. Er muss sich bei der technischen Ausstattung genauso wie bei Arbeitsorganisation, Personalführung und Personalmanagement an zeitgemäßen Maßstäben orientieren. Wir wollen den öffentlichen Dienst mit flexibilisierten Möglichkeiten bei der Vergütung der Arbeitsverhältnisse und mit einem Verzicht auf sachgrundlose Befristungen sowie mit Anreizen für Beschäftigte, wie Jobticket, Radleasing, digitale Ausstattung von Arbeitsplätzen und flexibleres mobiles Arbeiten attraktiver machen.

#### **2. Die im Dienst befindlichen Mitarbeiter:innen in der Kriminalpolizei stehen vorrangig durch digitale Delikte vor „neuen“ Herausforderungen. Diese Veränderungen hat die bisherige Politik kaum als Schwerpunkt betrachtet. In vielen Bereichen fehlt es an Personal und an einer sachgerechten Ausstattung. Die Belastung im Bereich der Kriminalpolizei ist durch immer neuere und schnellere Kriminalitätsphänomene sowie die Komplexität einzelner Ermittlungen stark angestiegen. Dies wurde aber kaum in den entsprechenden politischen Diskussionen berücksichtigt. Welche konkreten Veränderungen im Personal- und Ausstattungsbereich der Ermittlungsdienststellen der Landespolizei beabsichtigen Sie zur Verbesserung der Kriminalitätsbekämpfung in der nächsten Legislaturperiode?**

Uns BÜNDNISGRÜNEN ist bewusst, dass die Polizei überlastet ist, dass ihr das für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderliche Personal fehlt. Die Landesregierung hat ihr Personalkonzept ausgesetzt. Trotzdem stagniert die Anzahl der aktiven Polizeibeamt:innen wegen der vielen Altersabgänge. Hier braucht es aus Sicht von uns BÜNDNISGRÜNEN eine Einstellungsoffensive (siehe auch Frage 1.2).

**3. Der ökologische Wandel beschäftigt auch den öffentlichen Dienst. Einige Bundesländer (Baden-Württemberg, Niedersachsen, Berlin) bieten bereits ein Job-Ticket und/oder ein Job-Bike (z. B. Finanzierung E-Bike) an. Wie stehen Sie dazu?**

Mit der Forderung nach Jobticket und Radleasing rennen Sie bei uns BÜNDNISGRÜNEN offene Türen ein (siehe Kapitel 12.4 unseres Landtagswahlprogramms).

**4. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nicht erst seit der Corona-Pandemie in den Fokus geraten. Wir sehen gerade in der Kriminalpolizei noch verbesserungswürdiges Potential speziell in den Bereichen Home-Office, Teilzeit, Büroausstattung, wohnortnahe Verwendung, Job-Sharing, usw. Wie steht Ihre Partei hierzu?**

Wir BÜNDNISGRÜNE wollen alle Beschäftigten dabei unterstützen, ihre Arbeit besser an ihr Familien- und Privatleben anzupassen. Eine moderne Arbeitswelt bedeutet für uns auch mehr Mitsprache bei Ort, Lage und Umfang der Arbeit. Wir sind für ein Recht auf mobiles Arbeiten, das die Bedürfnisse der Arbeitgeber mitberücksichtigt. Wir wollen die starre Vollzeit umgestalten, etwa mit Hilfe eines flexiblen Arbeitszeitkorridors, und flexible Arbeitszeitmodelle zum Vorteil der Arbeitnehmer\*innen ermöglichen.

**5. Mit Eintritt in das Beamtenverhältnis müssen Polizeivollzugsbeamte (PVB) eine Anwartschaft mit einer privaten Krankenversicherung abschließen. Wie sehen Sie die immer wieder aufflammende Diskussion, das Beamte in die gesetzliche Krankenversicherung einzahlen sollen?**

Ziel von uns BÜNDNISGRÜNEN ist eine solidarisch finanzierte Bürgerversicherung, in der jede\*r unabhängig vom Einkommen die Versorgung bekommt, die er oder sie braucht. Dafür wollen wir in der nächsten Wahlperiode auf Bundesebene die Weichen stellen. Mit der Bürgerversicherung wollen wir alle in die Finanzierung eines leistungsstarken Versicherungssystems einbeziehen und so auch vor dem Hintergrund künftiger Kostensteigerungen im Gesundheitswesen für eine stabile und solidarische Lastenteilung sorgen. Auch Beamt\*innen, Selbständige, Unternehmer\*innen und Abgeordnete sollen sich mit einkommensabhängigen Beiträgen ohne fiktive Mindesteinkommen beteiligen. Bis es soweit ist, wollen wir die Versorgung gesetzlich Versicherter, zum Beispiel bei der Erstattung von Brillen, verbessern. Außerdem wollen wir die Benachteiligung gesetzlich versicherter Beamt\*innen durch einen beihilfefähigen Tarif beenden und privat Versicherte, die sich nur den Basistarif leisten können, besser absichern.

#### **Themenkomplex 4: Dienstposten und Beförderungsmöglichkeiten**

- 1. Die Möglichkeiten der Beförderung stehen in der Kriminalpolizei dauerhaft in der Kritik. Zum einen ist das derzeitige Beurteilungssystem wenig gerecht (z.B. durch vorgegebene Quoten) und erreicht nur selten das Ziel einer objektiven, vergleichbaren Leistungseinschätzung. Zum anderen hat sich gezeigt, dass immer wieder gut qualifizierte Mitarbeiter:innen ihren Aufgabenbereich verlassen müssen, da sie dort nicht weiter befördert werden können, etwa aufgrund fehlender Verwendungsbreite. Der BDK vertritt den Grundsatz, dass eine Beförderung bis zum Endamt für Fachkräfte in der Kriminalpolizei auch ohne Führungsverantwortung (und Verwendungsbreite) möglich sein muss. Hierzu sind durchlässige Dienstposten (A9-A13) zu schaffen. Auch eine faktische Unterscheidung zwischen den Dienstposten Ermittler und spezielle Ermittler gehört abgeschafft, da es praktisch keine wesentlichen Unterscheidungen in der Tätigkeit gibt. Wie steht Ihre Partei zu diesem Thema?**

Zu diesem Thema würden wir gerne Gespräche mit allen Beteiligten führen, bevor wir dazu eine Meinung äußern.

- 2. In der Landespolizei sind Dienstpostenbeschreibungen und deren entsprechende Eingruppierung in die Besoldungsgruppen festgelegt. Dienstposten innerhalb der Kriminalpolizei sind dabei grundsätzlich im gehobenen Dienst bewertet. In Dienststellen sind die Dienstposten nicht mit der entsprechenden Anzahl gleichwertigen Haushaltsstellen unterlegt. Wie bewerten Sie diesen Umstand?**

Der Landeshaushalt sollte Transparenz über die staatlichen Ausgaben schaffen und daher die tatsächlichen Verhältnisse angemessen widerspiegeln.

#### **Themenkomplex 5: Ausbildung, Studium, Fortbildung**

- 1. In der Landespolizei gibt es zurzeit lediglich eine Einheitsausbildung zur Schutzpolizei. Durch zunehmende Komplexität der Strafverfahren sind Spezialist:innen notwendig. Hierzu ist aus unserer Sicht die Möglichkeit eines Kripo-Studiums an der FHöVPR Güstrow zwingend notwendig. Zudem erreichen wir Bewerber:innen für diesen Bereich gar nicht, da sich diese in Hamburg, Schleswig-Holstein oder dem BKA direkt für die Kripo bewerben können. Wie stehen Sie zu einem „Kripo-Studium“ an der FHöVPR?**

Die Forderung des BDK nach einer Reform der Aus- und Fortbildung der Landespolizei, die eine Spezialisierung auf Schutz- oder Kriminalpolizei ermöglicht und einen höheren Anteil an politischer Bildung vorsieht, haben wir BÜNDNISGRÜNE in unser Landtagswahlprogramm aufgenommen.

- 2. Die Komplexität hat auch zur Folge, dass entsprechendes Wissen angeeignet werden muss. Die derzeitige Stellensituation an der FHÖVPR Güstrow mit zahlreichen Dienstposten ohne eigene Planstellen, die durch Abordnungen besetzt werden müssen, abgeordneten Stellen, die dann wiederum in der Praxis fehlen, lässt es kaum zu, Stammpersonal zu binden, um notwendige und qualifizierte Fortbildungsangebote zu schaffen. Wie wollen Sie das ändern?**

Die FHÖVPR Güstrow sollte über ausreichend Lehrpersonal verfügen. Das sollte sich in der Anzahl der ihr zugewiesenen Planstellen widerspiegeln.

#### **Themenkomplex 6: Sonstiges**

- 1. Sehen Sie die aktuellen Transparenzpflichten und die Regelungen zur Karenzzeit nach Amtsausstieg für Abgeordnete als ausreichend an oder sehen Sie Änderungsbedarf, um das Vertrauen in die Politik zu erhöhen?**

Weder die für Regierungsmitglieder geltenden Karenzzeiten noch die Transparenzpflichten der Abgeordneten sind aus Sicht von uns BÜNDNISGRÜNEN ausreichend.

Für Wechsel aus Regierungsämtern in die Wirtschaft fordern wir BÜNDNISGRÜNE, dass die Aufnahme der neuen Beschäftigung für zwei Jahre untersagt wird, wenn dadurch öffentliche Interessen beeinträchtigt werden können.

Für Abgeordnete ist das freie Mandat der Mittelpunkt ihrer Tätigkeit. Wir wollen, dass Einkünfte aus Nebentätigkeiten auf Euro und Cent und unter Angabe der jeweiligen Branche veröffentlicht werden.